



Vereinigte Industrieverbände

von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

VIV-INFO | 24/2014

Tarifabschluss in der Papier verarbeitenden Industrie

Am 31.10.2014 haben sich die Tarifvertragsparteien auf Bundesebene auf einen neuen Tarifabschluss für die Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie verständigt.

Dr. Heinrich Spies, Vorsitzender unseres Arbeitgeberverbandes der Papierverarbeitung hat den Tarifabschluss gegenüber der Presse wie folgt bewertet: „Vor dem Hintergrund konjunktureller Eintrübung bietet dieser Tarifabschluss den Unter-

nehmen mit seiner Laufzeit von 26 Monaten Planungssicherheit. Das Ergebnis spiegelt die Verhältnisse in unserer Branche angemessen wieder und beteiligt die Mitarbeiter zugleich in fairer Weise.“

Der Tarifabschluss sieht eine Erhöhung der Löhne um 2,4 Prozent ab dem 01.12.2014 vor und um weitere 2,6 Prozent ab dem 01.11.2015. Die Gehälter der Angestellten erhöhen sich entsprechend, jedoch drei Monate später. (So)

Kurz notiert

Tarifrunde Metall

IG-Metall-Chef Detlef Wetzel spricht sich für eine Forderung von fünf Prozent bis sechs Prozent mehr Lohn für die 3,7 Millionen Beschäftigten der deutschen Metall- und Elektroindustrie aus. Neben höheren Gehältern verlange die Gewerkschaft auch Verbesserungen bei der Altersteilzeit. Endgültig festgelegt wird die bundesweite Forderung Ende November. Die Tarifverhandlungen beginnen Mitte Januar 2015. (So)

Was Deutschland jetzt braucht

Deutschland ist gut unterwegs: Das Wirtschaftswachstum ist eingebremst, aber keine Rezession in Sicht. Die Arbeitslosenzahlen sind weiterhin erfreulich, die Steuern sprudeln. Also alles gut? Beileibe nicht.

Die sozialpolitische Agenda der Regierung (Mütterrente, Rente mit 63, Mindestlohn) wird uns noch teuer zu stehen kommen. Die Fokussierung auf Verteilungsgerechtigkeit war und ist die falsche Prioritätensetzung. Es zeigt sich, dass für die marode Verkehrsinfrastruktur kein Geld da ist; private Vorfinanzierung soll es richten. Und erstaunt stellt Deutschland fest, dass die Bundeswehr kaum

noch einsatzfähig ist. Ob – und das ist alles entscheidend – die Energiewende zu vertretbaren Kosten für die Unternehmen gelingt, ist völlig offen. Die Vorstellung, dass eines Tages eine rot-rot-grüne Bundesregierung das Abschalten von Kernkraftwerken verbietet, um die Stromerzeugung sicherzustellen, ist keine Fata Morgana mehr. (So)



Beitrag von Hans-Harald Sowka

VIV-Info Wegweiser



Weitere Informationen erhalten Mitglieder im ExtraVIV



Bitte beachten Sie weitere Anhänge



Weitere Informationen auf Anfrage bzw. im ExtraVIV

Vereinigte Industrieverbände: Wirtschaft der Region im Plus

Die 138 Mitgliedsunternehmen der Vereinigten Industrieverbände verzeichnen für die ersten neun Monate des Jahres 2014 eine zufriedenstellende Umsatzentwicklung. Der Umsatz stieg gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 2,3 Prozent. Das dritte Quartal 2014 verlief genauso wie das zweite Quartal 2014. (So)



VIV-Pressemitteilung
vom 05.11.2014



Situation auf dem Ausbildungsmarkt in NRW

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat die Daten zur Situation auf dem Ausbildungsmarkt in NRW zum Stand 30.09.2014

– also dem offiziellen Ende des Vermittlungsjahres 2013/14 – veröffentlicht.

Zentrale Daten für NRW:

	Absolute Zahl	Veränderung gegenüber 2013
Gemeldete Ausbildungsplätze	104.865	+ 2,9 %
Gemeldete betriebliche Ausbildungsplätze	98.726	+ 3,4 %
Gemeldete Ausbildungsplatzbewerber	141.694	- 1,6 %
Unversorgte Ausbildungsplatzbewerber	6.571	+ 3,9 %
Unbesetzte Ausbildungsplätze	5.286	- 3,1 %

Bewertung:

Erfreulich ist, dass ein substantielles Plus bei den gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätzen zu verzeichnen ist. Die Zahl der Ausbildungsbewerber ist hingegen rückläufig. Damit haben sich die Chancen der jungen Menschen auf Ausbildung grundsätzlich verbessert. Es überrascht vor diesem Hintergrund allerdings, dass entgegen der Tendenz der letzten Monate nun zum 30.9. die Zahl der unvermittelten Bewerber gestiegen, die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze gesunken ist.

Bemerkenswert ist, dass die Zahl der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze (30.09.2014: 98.726) über dem Niveau der letzten 10 Jahre und damit auch über dem der wirtschaftlichen Boom-Jahre von 2007 und 2008 liegt (2007: 91.100; 2008: 90.100). Von einem niedrigen bzw. nachlassenden Ausbildungsengagement der Wirtschaft kann also keinesfalls gesprochen werden. Allerdings bleibt das Matching zwischen Bewerbern und Ausbildungsplätzen weiterhin schwierig. (Dü)

Quelle: [unternehmer nrw](#), 31.10.2014

Kurz notiert

IG BCE berät Tarifforderung

Die IG BCE wird in der Chemie-Tarifrunde voraussichtlich 4 Prozent bis 5 Prozent mehr Lohn sowie ein Anrecht auf eine Drei- oder Vier-Tage-Woche für ältere Beschäftigte ab 60 Jahren fordern. Diese Empfehlungen sprach der Hauptvorstand der Gewerkschaft aus. Bis zum 22. Januar 2015 beschließen die elf Tarifregionen ihre Forderungen, dann kommt die Bundestarifkommission zusammen und beschließt endgültig. Die Verhandlungen beginnen Ende Januar. (So)

Top-Flops des Gesetzgebers

Der Gesetzgeber hatte vor wenigen Monaten in § 41 SGB VI die Möglichkeit der Befristung von Arbeitnehmern, die die Altersgrenze erreichen, erstmals geregelt. Leider handwerklich ziemlich verkorkst: Nach herrschender Auffassung ist diese Befristung nämlich nur dann wirksam, wenn der Vertragsinhalt nicht geändert wird. Mit anderen Worten: Wenn der Mitarbeiter kürzertreten will und nicht mehr 40, sondern nur noch 20 Wochenstunden arbeiten will, misslingt die Befristung. Gutes Handwerk sieht anders aus! (So)

IMPRESSUM & KONTAKT

Herausgeber

Vereinigte Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Verantwortlich für den Inhalt

Hans-Harald Sowka

Kontakt

Vereinigte Industrieverbände e.V.
Tivolistraße 76
52349 Düren

FON 02421/4042-0

FAX 02421/4042-25

E-MAIL info@vivdueren.de

WEB www.vivdueren.de



Vereinigte Industrieverbände

von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Was Deutschland jetzt braucht

von RA Hans-Harald Sowka

Deutschland ist gut unterwegs: Das Wirtschaftswachstum ist eingebremst, aber keine Rezession in Sicht. Die Arbeitslosenzahlen sind weiterhin erfreulich, die Steuern sprudeln. Also alles gut?

Beileibe nicht.

Die sozialpolitische Agenda der Regierung (Mütterrente, Rente mit 63, Mindestlohn) wird uns noch teuer zu stehen kommen. Die Fokussierung auf Verteilungsgerechtigkeit war und ist die falsche Prioritätensetzung. Es zeigt sich, dass für die marode Verkehrsinfrastruktur kein Geld da ist; private Vorfinanzierung soll es richten. Und erstaunt stellt Deutschland fest, dass die Bundeswehr kaum noch einsatzfähig ist. Ob – und das ist alles entscheidend – die Energiewende zu vertretbaren Kosten für die Unternehmen gelingt, ist völlig offen. Die Vorstellung, dass eines Tages eine rot-rot-grüne Bundesregierung das Abschalten von Kernkraftwerken verbietet, um die Stromerzeugung sicherzustellen, keine Fata Morgana mehr.

In der Familienpolitik (die uns 200 Milliarden Euro per anno kostet!) wird nach langen Jahren endlich ein Gutachten vorgelegt, das die ca. 200 Maßnahmen analysiert; doch nichts passiert. Weiterhin wird zu wenig in Einrichtungen investiert.

Die Überregulierung des Arbeitsmarktes setzt sich mit hohem Tempo fort. Wer zählt noch die Sonderkündigungsschutzbestimmungen in Gesetzen und Tarifverträgen, wer überblickt noch die verschiedenartigen Teilzeitanprüche.

Wir sind wahrlich kein gutes Beispiel für Europa: Wir geben das Geld für falsche Dinge aus, wir verkrusten den Arbeitsmarkt. Und: Die Politik überschätzt die Stärke der deutschen Unternehmen. Nach meiner Erfahrung hat jedes fünfte Unternehmen zu kämpfen, muss Weihnachts- oder Urlaubsgeld streichen, die Arbeitszeit ohne Entgeltausgleich verlängern. Dies sind beileibe nicht immer dieselben Unternehmen. Das Herzstück der deutschen Wirtschaft, die Industrie, lebt zu 20 % ständig an der Überforderungsgrenze.

Wie sollte die Agenda der Bundesregierung aussehen?

Dass Schneisen in das Dickicht des Arbeitsrechtes geschlagen werden, diesen Glauben habe ich seit langem verloren. Aber: Wer den Werkvertrag antastet und damit die Axt an die Arbeitsteilung legt, ist nicht mehr ganz bei Trost. Wenn VW den Golf zu 100 % selbst bauen würde, würde er 50.000 Euro kosten. Anders gewendet: VW würde es nicht mehr geben. Oder die so hoch bezahlten Stammarbeitnehmer müssten massive Abstriche beim Entgelt hinnehmen. Wer immer mehr befristete Teilzeitanprüche generiert bzw. einen generellen Anspruch auf befristete Teilzeit befürwortet, muss im

Gegenzug zwingend die Flexibilisierungsmöglichkeiten für den Arbeitgeber erweitern (durch Tarifvertrag).

Die EU muss die Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA unterzeichnen. Die Strukturen der Energiewende müssen zügig vorangetrieben werden im Sinne eines europaweiten Energiemarktes mit vertretbaren Kosten für die deutschen Unternehmen. In der Forschungsförderung muss neben die Projektförderung die steuerliche Einzelförderung der Unternehmen gestellt werden. Die digitale Agenda muss europäisch abgearbeitet werden.

Der Gesetzgeber muss die Gebote von Transparenz und Rechtssicherheit endlich ernstnehmen. Wer z. B. bei jedem Gesetzentwurf lesen darf, die Bürokratiekosten für die Unternehmen seien gleich Null, braucht den Blutdrucksenker.

Kurzum: Erkennbar stößt die Wohlfühlpolitik der Bundesregierung an ihre Grenzen. Glücklicherweise bleibt Deutschland erfahrungsgemäß in schwieriger Situation in der Lage, mit vereinten Kräften gegenzusteuern. Doch: Pathologisches Lernen wie nach der Wiedervereinigung sollten wir uns diesmal ersparen.

Düren, 03. November 2014



Vereinigte Industrieverbände
von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Pressemitteilung

Vereinigte Industrieverbände: Wirtschaft der Region im Plus

Düren, 05.11.2014. Die 138 Mitgliedsunternehmen der Vereinigten Industrieverbände verzeichnen für die ersten neun Monate des Jahres 2014 eine zufriedenstellende Umsatzentwicklung. Der Umsatz stieg gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 2,3 Prozent. Das dritte Quartal 2014 verlief genauso wie das zweite Quartal 2014.

„Das dritte Quartal war besser, als wir gedacht hatten. Wir können mit den ersten neun Monaten des Jahres 2014 zufrieden sein, auch wenn die Entwicklung je nach Branche recht unterschiedlich verlaufen ist. Die politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten des laufenden Jahres trüben jedoch den Ausblick auf das kommende Jahr. Die Unternehmen sind in ihren Planungen für 2015 weniger optimistisch“, erklärt der VIV-Vorsitzende Dr. Stephan Kufferath.

Die Zahl der Beschäftigten ist mit rund 16.000 weiterhin stabil. In der Statistik nicht berücksichtigt sind die Umsatz- und Beschäftigtenzahlen großer Dienstleister wie SWD, Krankenhaus Düren oder Sparkasse Düren.

Ansprechpartner: Hans-Harald Sowka
Telefon: 02421/4042-0
Telefax: 02421/4042-26
E-Mail: info@vivdueren.de